

**aktiv für Sie**

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer
für Arbeiter und AngestelltePräsidium des Nationalrates
Dr-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1041 Wien, Postfach 534

☎ (0222) 50165

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 12 ...	GE/19 ... 13
Datum: 1 3. APR. 1993	
Verteilt 13. April 1993	

Dr. Sammering

Ihr Zeichen

-

Unser Zeichen

WP-ZB-6111

☎ Durchwahl

2586



2230

Datum

7.4.1993

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Agrarverfahrens-
gesetz 1950 geändert wird

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte übersendet 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:

Heinz Vogler

Mag Heinz Vogler

Der Direktor:

iA

Ditmar Wenty

Mag Ditmar Wenty

Beilagen

*aktiv für Sie*

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer
für Arbeiter und AngestellteBundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 WienPrinz-Eugen-Straße 20-22
A-1041 Wien, Postfach 534
☎ (0222) 50165Ihr Zeichen
GZ 600.982/
0-V/2/92Unser Zeichen
WP/Tü/Zi/6111☎ Durchwahl 2586
☎ 2230Datum
1.4.1993

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Agrarverfahrens-
gesetz 1950 geändert wird

Der ausdrückliche Ausschluß des § 64 a AVG, wie er in der Anwendung des § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes enthalten ist, sowie der angebotene Ersatz in Form des § 7 Abs. 4 des AgrarverfahrensG lassen die grundsätzliche Frage aufkommen, ob in den Fragen der Bodenreform die Agrarbezirksbehörden nicht überfordert sind.

Der § 64 a ermöglichte es bisher der Behörde, binnen Frist einen Bescheid im Sinne des Berufsverfahrens abzuändern, zu ergänzen oder aufzuheben. Nunmehr soll § 7 Abs. 4 derselben Behörde ein Verfahren ermöglichen, indem vor der Vorlage von Berufungen oder Aufsichtsbeschwerden an die Oberbehörde die Bereinigung der Angelegenheit durch ein Parteienübereinkommen versucht werden kann.

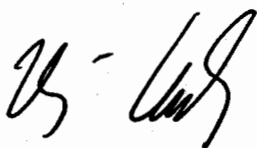
Nicht akzeptabel ist aus der Sicht der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte weiters, daß, wie es im § 1 Abs. 2 vorgesehen ist, im Berufsverfahren durch die Übernahme von Teil II, 5. Abschnitt (§§ 51 ff VerwaltungsstraftG 1991) jemand, der Berufung einlegt, vor den Agrarbehörden im wesentlichen den Status eines Beschuldigten erlangt.

Für den von der Behörde von Amts wegen bestellten gemeinsamen Vertreter gemäß § 5 Abs. 3 des Entwurfes fehlt eine entsprechende Kundmachungsvorschrift.

Darüber hinaus steht der § 5 Abs. 4 (Nichtaufschiebende Wirkung der Berufung) in Widerspruch mit dem VerwaltungsstrafG 1991, aus dem dieser im Entwurf gewählte Ansatz abgeleitet ist (siehe Fußnote 5 der kommentierten Ausgabe in Heinl-Loebenstein-Verosta).

Nach Ansicht der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte sollte der o.a. Entwurf einer nochmaligen Überarbeitung unterzogen werden.

Der Präsident:



Mag Heinz Vogler



Der Direktor:
iv



Mag Werner Mühm